

Fragen

für die Fragestunde der 79. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Februar 2019

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Barrientos, Simone (DIE LINKE.)	20	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 63	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67, 68
Brandner, Stephan (AfD)	17, 18	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 37
Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 66
Dehm, Diether, Dr. (DIE LINKE.)	23, 24	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34
Faber, Marcus, Dr. (FDP)	48, 49	Luksic, Oliver (FDP)	64, 65
Frömming, Götz, Dr. (AfD)	10	Mohamed Ali, Amira (DIE LINKE.)	44, 45
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	19
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 52	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 16
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	25, 26	Renner, Martina (DIE LINKE.)	39, 40
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	12, 13	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32
Herbst, Torsten (FDP)	41, 57	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	2, 3	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	4, 5
Houben, Reinhard (FDP)	33		
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	21, 22		
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	28, 29		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	38, 69
Teuteberg, Linda (FDP)	14	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	46, 47
Völlers, Marja-Liisa (SPD)	58, 59		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Hei- mat	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	22

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der CHE-Erhebung „Universitätsleitung in Deutschland“ (vom 7. Februar 2019) hinsichtlich der Diversität (insbesondere hinsichtlich Geschlecht und Herkunft) unter den Führungspersönlichkeiten in der Wissenschaft, und inwiefern sieht sie generell weitergehenden Handlungsbedarf, eine größere Chancengerechtigkeit und mehr Vielfalt in diesem Bereich zu befördern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

2. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Vorschlag des US-Präsidenten Donald Trump, David Malpass für den Posten des Präsidenten der Weltbank zu nominieren (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/weltbank-malpass-trump-1.4317256; www.welt.de/print/welt_kompakt/debatte/article188329049/Trumps-neuer-Angriff-auf-die-globale-Ordnung.html), und wie gedenkt die Bundesregierung (ggf. gemeinsam mit den europäischen Partnern) sicherzustellen, dass die Weltbank selbst wie auch der Multilateralismus insgesamt durch diese Personalentscheidung so wenig Schaden wie möglich nehmen?
3. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Ankündigung des neuen Präsidenten Brasiliens, Jair Bolsonaro, den Regenwald seines Landes verstärkt abzuholzen (www.zeit.de/2019/01/brasilien-jair-bolsonaro-amazonas-regenwald-abholzung-klimaschutz/komplettansicht), und wie wird die Bundesregierung, die seit vielen Jahren Entwicklungszusammenarbeitsprojekte im Waldbereich in Brasilien finanziert, konkret darauf reagieren?

4. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Welche Rolle spielen für die Bundesregierung Landarbeiterinnen und Landarbeiter, d. h. abhängig Beschäftigte in der Landwirtschaft, als Zielgruppe zur Erreichung der SDGs 1, 2, 3, 6 und 8, und inwiefern werden diese über Programme der Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger erreicht?
5. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, bei denen grundlegende Arbeitsrechte von Arbeiterinnen und Arbeitern (z. B. das Recht auf Versammlungsfreiheit) beim Unternehmen Chobe Agrivision Sambia, in das der AATIF-Fonds investiert, welcher wiederum von der Bundesregierung mitfinanziert wird, eingeschränkt wurden bzw. werden, und inwiefern kann die Bundesregierung garantieren, dass dort grundsätzlich alle grundlegenden Menschen- und Arbeitsrechte eingehalten werden?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

6. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Mitglieder und externen Beraterinnen und Berater soll die Arbeitsgruppe der Leopoldina, welche die Stellungnahme zu Stickoxidgrenzwerten erarbeiten soll (www.welt.de/wissenschaft/article188255631/Wie-die-Stickoxid-Grenzwerte-jetzt-auf-den-Pruefstand-kommen.html), haben, und welche Kosten sind im Einzelnen mit dieser Beauftragung (auch der externen Beraterinnen und Berater) verbundenen?
7. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Stand bei der Erstellung des Nationalen Aktionsplans Integration (NAP-I), welchen die Bundesregierung beim Integrationsgipfel 2018 im Bundeskanzleramt angekündigt hat, und welche konkreten Maßnahmen wurden im Rahmen dessen seitdem in den dort aufgeführten fünf Phasen angegangen (bitte nach Phasen getrennt auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

8. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wird ein konkretes Modell zur Reform einer Grundsteuer auf Grundlage der am 1. Februar 2019 von den Finanzministerinnen und -ministern von Bund und Ländern geeinten Eckpunkte erarbeitet werden, und wie wird die nachträgliche Ablehnung der Eckpunkte durch die CSU und die Fraktion der CDU/CSU aus Sicht des Bundesfinanzministers den weiteren Reformprozess beeinflussen (vgl. Frankfurter Allgemeine SONNTAGSZEITUNG vom 3. Februar 2019)?
9. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches Beratungsergebnis konnte die Facharbeitsgruppe „Altschulden“ innerhalb der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ bei ihren Sitzungen jeweils erzielen (bitte je Sitzung einzeln aufführen), und inwiefern hält die Bundesregierung an ihrem Zeitplan für die Regierungskommission, der bereits für Juli 2019 die Vorstellung eines Gesamtergebnisberichts der Kommissionsergebnisse vorsieht, fest (vgl. www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2018/133-gleichwertige-Lebensverhaeltnisse.html)?
10. Abgeordneter
Dr. Götz Frömming
(AfD)
- Trifft die Aussage in der „Frankfurter Allgemeine“ und der „Bild“ jeweils vom 4. Februar 2019 zu, wonach im Bundeshaushalt eine Lücke von 24,7 Mrd. Euro droht und es „kein weiteres Geld mehr für den Digitalpakt Schule“ gibt, und was würde das für Konsequenzen mit sich bringen?
11. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hatte sich die Bundesregierung dafür eingesetzt, die Digitalsteuer auf dem Treffen der EU-Finanzministerinnen und EU-Finanzminister im Februar 2019 zu beraten, und wenn ja, wie hat sich die Bundesregierung dafür eingesetzt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

12. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Änderungen sind nach Auffassung der Bundesregierung im nationalen Recht notwendig, wenn das (von Deutschland bereits 2014 unterzeichnete) Übereinkommen des Europarates betreffend die Manipulation von Sportwettbewerben in Bezug auf Aspekte, die nicht materielles Strafrecht und nicht die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen betreffen (KOM(2017) 387 endg.; Ratsdok. 11723/17) sowie das Übereinkommen des Europarates betreffend die Manipulation von Sportwettbewerben in Bezug auf Aspekte, die materielles Strafrecht und die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen betreffen (KOM(2017) 386 endg.; Ratsdok. 11724/17) in Kraft treten, und welche Folgen werden diese Regelungen für die Bundesrepublik Deutschland darüber hinaus in wirtschaftlicher, finanzieller, sozialer und/oder ökologischer Hinsicht haben?
13. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche EU-Mitgliedstaaten haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Übereinkommen noch nicht unterzeichnet, und was unternimmt die Bundesregierung, damit die Übereinkommen möglichst bald in Kraft treten können?
14. Abgeordnete
Linda Teuteberg
(FDP)
- Wie hoch ist/war nach Kenntnis der Bundesregierung die absolute Anzahl von Bundeseinrichtungen (Bundesbehörden, außeruniversitären Forschungseinrichtungen), die ihren Hauptsitz aktuell sowie in den Jahren 1994, 1999, 2004, 2009 und 2014 in den westdeutschen Bundesländern (inklusive Berlin) bzw. in den ostdeutschen Bundesländern haben/hatten, und wie hoch ist in Bundeseinrichtungen (Bundesbehörden, außeruniversitären Forschungseinrichtungen) aktuell die Anzahl besetzter Stellen in den einzelnen Bundesländern?

15. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie versucht die Bundesregierung zu verhindern, dass der so genannte Staatstrojaner nicht durch etwaige rechte Netzwerke in Bundespolizeibehörden oder Bundesgeheimdiensten eine missbräuchliche Anwendung, etwa zur Ausspähung politisch Unliebsamer findet, und kann die Bundesregierung bei der bisherigen Nutzung des so genannten Staatstrojaners durch Bundesbehörden solche Fälle ausschließen (www.fr.de/frankfurt/bundespolizei-org26532/rechtsextremismus-polizei-10943953.html; www.neues-deutschland.de/artikel/1111816.rechte-netzwerke-elitesoldat-der-bundeswehr-suspendiert.html; www.maz-online.de/Nachrichten/Politik/Polizeiwissenschaftler-Frankfurter-Fall-ist-kein-Einzelfall)?
16. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Personaldokumente sind in Deutschland in den einzelnen Jahren seit 2014 im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, in seinen Außenstellen sowie nach Kenntnis der Bundesregierung bei Ausländerbehörden zeitweilig oder bis heute außer Kontrolle geraten bzw. nicht mehr auffindbar gewesen, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen oder unternimmt sie, um vorstehende Frage zu klären?
17. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wann wurde die im Herbst 2015 getroffene Ausnahmeentscheidung nach § 18 Absatz 4 Nummer 2 AsylG, die beinhaltet, dass Drittstaatsangehörige, die in Deutschland um Schutz nachsuchen, nicht an der Grenze zurückgewiesen werden können, in welcher Form zurückgenommen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

18. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wann fanden seit 2010 Treffen zwischen George Soros und Vertretern der Bundesregierung statt und wer hat jeweils daran teilgenommen?

19. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Welche belastbaren Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Zahl derjenigen Menschen in Venezuela, die unter Hunger leiden, und welche Auswirkungen wird das von den USA verhängte Ölembargo nach Einschätzung der Bundesregierung auf diese Zahlen haben?
20. Abgeordnete
Simone Barrientos
(DIE LINKE.)
- Fordert die Bundesregierung von dem selbsternannten Interimspräsidenten Venezuelas, Juan Guaidó, gemäß Artikel 233 der geltenden venezolanischen Verfassung die Einberufung von Wahlen binnen 30 aufeinanderfolgenden Tagen?
21. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwieweit übte nach Erkenntnissen der Bundesregierung der von ihr als Interimspräsident anerkannte Präsident der Nationalversammlung Venezuelas, Juan Guaidó, zum Zeitpunkt der Anerkennung die effektive Kontrolle über die Staatsgewalt, einschließlich der Streitkräfte und des Sicherheitsapparates aus, und was hat die Bundesregierung dazu bewogen, durch die Anerkennung Juan Guaidós die gängige Praxis zu beenden, Staaten anzuerkennen, aber nicht Regierungen oder einzelne Personen?
22. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- In welcher Form hat die Bundesregierung auf die nach Einschätzung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (WD 2 – 3000 – 014/19) völkerrechtswidrige Drohung der Regierung der USA reagiert, mit militärischen Mitteln gegen Venezuela vorzugehen (u. a. www.welt.de, 4. Februar 2019) und dessen Präsidenten Nicolás Maduro in das US-Gefangenenlager der Guantanamo Bay Naval Base auf Kuba zu sperren (<https://amerika21.de>, 2. Februar 2019), das in der Vergangenheit durch dort verübte Folter Bekanntheit erlangte, und verurteilt sie diese Drohungen?
23. Abgeordneter
Dr. Diether Dehm
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage (<https://twitter.com/jguaido/status/1089613547905208322?s=19>) des von ihr anerkannten, selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó, wonach sein „Kampf um Freiheit“ mit der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz vor 74 Jahren

vergleichbar sei (<https://amerika21.de/2019/01/221106/venezuela-auschwitz-guaido>), und teilt sie diese Meinung?

24. Abgeordneter
Dr. Diether Dehm
(DIE LINKE.)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu der Aussage von Juan Guaidó, wonach auch der Einsatz einer internationalen Streitmacht (www.sumarium.es/2019/02/07/guaido-no-descarta-la-aprobacion-de-una-fuerza-extrajera-ante-conflicto-politico/) vorstell- und vertretbar sei (übersetzt mit www.DeepL.com/Translator)?
25. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche praktischen Konsequenzen ergeben sich für die Bundesregierung aus ihrer Anerkennung des selbsternannten Interimspräsidenten in Venezuela, Juan Guaidó (www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-venezuela/2186030), für die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Venezuela, und wie genau stellt sich die Bundesregierung die Durchführung von Neuwahlen in Venezuela unter Führung des selbsternannten Präsidenten vor, angesichts der Tatsache, dass er bislang nach meiner Auffassung über keine reale Macht in Venezuela verfügt und jenseits der Nationalversammlung keine Kontrolle über staatliche Institutionen ausübt?
26. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen hat die in der bundesrepublikanischen Diplomatie bislang beispiellose Anerkennung einer nicht gewählten Gegenregierung für Staatsbürger beider Seiten in den jeweils anderen Staaten?
27. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Beschäftigte in den Visastellen der deutschen Botschaften in Islamabad und Neu-Delhi stehen nach Kenntnis der Bundesregierung für die ab März 2019 beginnende Bearbeitung der über 600 Terminregistrierungen in Islamabad und 148 in Neu-Delhi von afghanischen Familienangehörigen zum Nachzug zu ihren subsidiär geschützten Verwandten in Deutschland zur Verfügung (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 52, Plenarprotokoll 19/76), und

beabsichtigt die Bundesregierung, Familiennachzugsfälle zu subsidiär geschützten Afghanen auch in der Zentrale des Auswärtigen Amts in Berlin zu bearbeiten, um die Wartezeiten zu verkürzen?

28. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Inwieweit hat die Ausschreibung mehrerer Stellen für Juristen für die Bearbeitung von Visumanträgen an den deutschen Auslandsvertretungen im Nahen Osten, in Südasien, im Westbalkan, in Ostafrika und der Türkei (https://stellenangebote.diplo.de/stella/advertisement_detail.action?id=296) zu einer Personalaufstockung geführt (bitte die 28 Auslandsvertretungen nennen, in denen es die größten Personalzuwächse geben soll)?

29. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Welche Entwicklung hat es in den letzten zwölf Monaten beim Personal im Bereich bürotechnischer Assistenz Tätigkeiten an den Visaabteilungen der deutschen Auslandsvertretungen im Nahen Osten, in Südasien, im Westbalkan, in Ostafrika und der Türkei gegeben (bitte nach deutschen Kräften und Ortskräften der jeweiligen Visaabteilung in den 14 Auslandsvertretungen aufschlüsseln, in denen es die größten Personalzuwächse gegeben hat)?

30. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Lage des inhaftierten kamerunischen Oppositionspolitikers Maurice Kamto und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (www.taz.de/!5565819/), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Militärhilfe für Kamerun aufgrund von Menschenrechtsverletzungen durch die kamerunischen Streitkräfte teilweise einstellen (www.washingtonpost.com/world/africa/us-cuts-some-military-assistance-to-cameroon-citing-allegations-of-human-rights-violations/2019/02/06/aeb18052-2a4e-11e9-906e-9d55b6451eb4_story.html?utm_term=.ab7a2047b804)?

31. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen des „Atlas der Zivilgesellschaft“, der das globale Ausmaß der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure dokumentiert (www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Atlas_d_zivilgesellschaft/Brot_fuer_die_Welt_Atlas_der_Zivilgesellschaft_2019.pdf), und in welchen Fällen wurden Projekte in den vergangenen zwei Jahren (2017 und 2018) anstatt in Zusammenarbeit mit der Regierung des Ziellandes unmittelbar mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren umgesetzt, weil die Bundesregierung Bedenken an der Zusammenarbeit mit der Regierung eines Partnerlandes hatte (bitte nach Land, Höhe der Mittel und ausschlaggebenden Bedenken auflisten)?
32. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob im Hafen von Mariupol seit Anfang Januar 2019 jede Verzögerung von Schiffen durch das Vorgehen der russischen Behörden in der Straße von Kertsch aufgezeichnet wird, und teilt sie meine Auffassung, dass weiterhin jedes einzelne Schiff, das die ukrainischen Häfen am Asowschen Meer anläuft, um mehrere Stunden bis mehrere Tage verzögert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

33. Abgeordneter
Reinhard Houben
(FDP)
- Besteht aus Sicht der Bundesregierung der Bedarf für eine Änderung der Postentgeltverordnung, beispielsweise aufgrund des beabsichtigten Beschlusses der Bundesnetzagentur, der Deutschen Post AG bei den dem Price-Cap-Verfahren unterliegenden Produkten einen Preiserhöhungsspielraum von 4,8 Prozent ab dem 1. April 2019 einzuräumen?
34. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung konkret in den Verhandlungen zur neuen europäischen Spielzeugsicherheitsrichtlinie (siehe Initiative der Europäischen Kommission, https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2018-6426936_de) vor allem mit Blick auf die aktuelle

Rückrufaktion der Kinder-Smartwatch „Enox Safe-Kid-One“ durch das europäische Warnsystem (Rapid Alert System for Non-Food Products, www.spiegel.de/netzwelt/gadgets/enox-safe-kid-one-eu-kommission-warnt-vor-kinder-smartwatch-a-1251820.html)?

35. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung angesichts der erneuten Verschiebung der Einsetzung der Gebäudekommission (http://rdir.de/form.do?agnCI=1024&agnFN=fullview&agnUID=D.B.CCpq.DAe.BilWU.A.aAUZQRJAf_PGaFEHgFR2ahRayschqYY4gCR30QqAcLiLqOp40kii3QY7MJX4BKP3xXlnQYswnKAjVwbi0uZQ&utm_campaign=Background&utm_medium=Email&utm_source=Tagesspiegel_Newsletter) grundsätzlich noch an ihrem auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD verankerten Vorhaben fest, eine Kommission einzusetzen, die Maßnahmen identifiziert, um die Lücke zur Erreichung des Treibhausgasreduktionsziels bis 2020 auch im Gebäudesektor so weit wie möglich zu reduzieren, und wie sollen diese Maßnahmen dieser noch nicht eingerichteten Kommission in den bis Ende März 2019 vorzulegenden Maßnahmenplan einfließen (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/treibhausgase-bundesregierung-arbeitet-an-klimaschutzgesetz-autobranche-unterdruck/23854756.html), der Voraussetzung für das angekündigte Klimaschutzgesetzpaket sein soll?

36. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welchen zusätzlich zu ergreifenden Klimaschutzmaßnahmen will die Bundesregierung sicherstellen, dass die seitens der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ empfohlene Maßnahme der beschleunigten Errichtung neuer klimaschonenderer, aber eben nicht klimaneutraler Gaskraftwerke nicht dazu führt, dass die eigenen Klimaschutzziele 2020, 2030 und 2050 im Energiesektor nicht eingehalten werden?

37. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Stimmt die Aussage des Vorstandsvorsitzenden der RWE AG Dr. Rolf Martin Schmitz, dass bisher niemand aus der Bundesregierung mit ihm über die von der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Kohlekommission) vorgeschlagene Abschaltung von Kraftwerken gesprochen habe (www.stern.de/wirtschaft/news/hambacher-forst-rwe-chef-zieht-erhalt-des-waldes-

in-erwaegung-8565226.html), und für wann beabsichtigt die Bundesregierung, entsprechende Gespräche mit RWE aufzunehmen?

38. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Wie interpretiert die Bundesregierung den Terminus „Sonderwirtschaftszone“, der im Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ mehrfach Verwendung findet, und welche konkreten Maßnahmen sind nach Kenntnis der Bundesregierung im Zusammenhang damit vorgesehen, vor dem Hintergrund, dass der Bund in zwei Fällen explizit als „zuständiges Ressort“ genannt wird (www.kommission-wsb.de/WSB/Redaktion/DE/Downloads/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf, S. 132, 140, 159, 171)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

39. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Richten sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Ermittlungen wegen der Bombendrohungen gegen mindestens 15 Gerichte und Justizzentren zwischen Mitte Dezember 2018 und Mitte Januar 2019 unter der Bekennung einer „Nationalsozialistischen Offensive“ gegen unbekannt oder gegen eine oder mehrere bekannte Personen (www.tag24.de/nachrichten/bombendrohung-flensburg-landgericht-serie-polizei-luebeck-itzehoe-kiel-907371; www.pnp.de/nachrichten/tagesthemen/3194665_Bombendrohungen-gegen-Gerichte-rechtsextremer-Hintergrund.html?; <https://apolda.thueringer-allgemeine.de/web/apolda/startseite/detail/-/specific/Gericht-in-Jena-evakuiert-623405565>; www.infranken.de/regional/bamberg/nuernberg-bayern-bombendrohung-gegen-oberlandesgericht-gebaeude-evakuiert;art212,3981699)?

40. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Hat der Generalbundesanwalt ein Prüfverfahren zur Übernahme der Ermittlungen wegen der Bombendrohungen gegen mindestens 15 Gerichte und Justizzentren zwischen Mitte Dezember 2018 und Mitte Januar 2019 unter der Bekennung einer „Nationalsozialistischen Offensive“ eingeleitet (www.tag24.de/nachrichten/bombendrohung-flensburg-landgericht-

serie-polizei-luebeck-itzehoe-kiel-907371; www.pnp.de/nachrichten/tagesthemen/3194665_Bombendrohungen-gegen-Gerichte-rechtsextremer-Hintergrund.html?; <https://apolda.thueringer-allgemeine.de/web/apolda/startseite/detail/-/specific/Gericht-in-Jena-evakuiert-623405565>; www.infranken.de/regional/bamberg/nuernberg-bayern-bombendrohung-gegen-oberlandesgericht-gebaeude-evakuiert;art212,3981699)?

41. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele Fahrzeughalter haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung bisher der Musterfeststellungsklage gegen die Volkswagen AG im Zusammenhang mit Softwaremanipulationen angeschlossen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), und wie ist das Verhältnis zwischen privaten und gewerblichen Antragstellern insgesamt?
42. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung ein Sicherheitsproblem beim elektronischen Rechtsverkehr im Notariat (XNotar/EGVP) bekannt, und wenn ja, seit wann?
43. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat sich die Bundesregierung im Rahmen der Rechtsaufsicht über die Bundesnotarkammer in Sachen Sicherheit des elektronischen Rechtsverkehrs im Notariat (XNotar/EGVP) zu Aufsichtsmaßnahmen veranlasst gesehen, und wenn ja, was ist deren Gegenstand?
44. Abgeordnete
Amira Mohamed Ali
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um eine europaweite Insolvenzabsicherungspflicht für Luftfahrtunternehmen zu erreichen, und bis wann wird dieses Thema umgesetzt?
45. Abgeordnete
Amira Mohamed Ali
(DIE LINKE.)
- Warum hat sich die Bundesregierung für diese seit Jahren bestehende Forderung von Verbraucherschützern (hier 2010; www.vzbv.de/sites/default/files/mediapics/pauschalreise_richtlinie_eu_03_2010.pdf) nicht früher eingesetzt, spätestens jedoch nach der Insolvenz von Air Berlin?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

46. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2005 und 2018 (falls für 2018 keine Daten vorliegen, bitte Daten des Jahres 2017 verwenden) jeweils die absolute Zahl und der Anteil der Personen in Einkommensarmut (= Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen), Einkommensreichtum (= Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen), Vermögensarmut (definiert als Personen, hilfsweise Haushalte mit einem Nettovermögen von weniger als 60 Prozent des Medianvermögens) und Vermögensreichtum (definiert als Personen, hilfsweise Haushalte mit einem Nettovermögen von mehr als 1 000 000 Euro) in Deutschland (bitte, soweit möglich, beim Einkommen und beim Vermögen jeweils für Armut und Reichtum eine einheitliche Datenquelle zugrunde legen, vorzugsweise den Mikrozensus)?
47. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus dem OECD-Bericht „A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility“ vom 15. Juni 2018 mit Blick auf die im OECD-Vergleich unterdurchschnittliche soziale Mobilität in Deutschland gezogen, und inwieweit hat sie die Empfehlungen der OECD aus diesem Bericht umgesetzt oder plant sie diese umzusetzen (bitte insoweit auch spezifischer nach den allgemeinen länderübergreifenden Empfehlungen, beispielsweise aus dem Policy Brief, sowie den einzelnen deutschlandspezifischen Empfehlungen der Ländernotiz – u. a. Investitionen in ganztägige Kinderbetreuung, längeres gemeinsames Lernen, Erhöhung der Anreize zur Vollbeschäftigung für Zweitverdienende, Reform der Erbschaftsteuer zur Abmilderung der hohen Vermögenskonzentration – unterscheiden)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

48. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)
- Auf welcher Grundlage wird aktuell die Besetzung der routinemäßigen Rotation des Commander Joint Force Command im niederländischen Brunssum zurückgehalten (www.focus.de/politik/deutschland/general-erhard-buehler-verzoegert-kommando-uebergabe-jetzt-ist-berater-affaere-auch-fuer-nato-ein-problem_id_10271546.html), und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um den Ausfall von Generalleutnant Erhard Bühler zu kompensieren?
49. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)
- Warum berücksichtigt die Transparenzoffensive des Bundesministeriums der Verteidigung (www.swp.de/politik/inland/ministerin-von-der-leyen-will-mehr-transparenz-und-kontrolle-17913537.html; außerdem mehrmals im Verteidigungsausschuss durch die Bundesministerin der Verteidigung Dr. Ursula von der Leyen selbst versprochen) ausschließlich Journalisten, wie nach meiner Auffassung am Beispiel der Tornadonachfolge vor zwei Wochen zum wiederholten Male deutlich wurde, und nicht die zuständigen Bundestagsabgeordneten bzw. den parlamentarischen Raum (eigene schriftliche Anfrage an das Parlaments- und Kabinetttreferat des Bundesministeriums der Verteidigung am 31. Januar 2019 wurde nach sieben Stunden Prüfung mit einem identischen Satz aus den Medien beantwortet), und auf welcher Grundlage hat die Bundesregierung den Kampfjet F-35 als möglichen Nachfolger ausgeschlossen (<https://augengeradeaus.net/2019/01/tornado-nachfolge-entscheidung-zwischen-eurofighter-und-f-a-18-f-35-aus-dem-rennen/>)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

50. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung bei dem staatlichen Tierwohlkennzeichen, dessen Kriterien kürzlich veröffentlicht wurden, in jedem Kriterium und in jeder Stufe über dem gesetzlichen Standard liegen, wie die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner es in der Pressekonferenz am 6. Februar 2019 geäußert hat, und wird die

Bundesregierung in dieser Legislaturperiode den gesetzlichen Mindeststandard in der Schweinehaltung anheben, um mehr Tierschutz für alle Schweine zu gewährleisten?

51. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Stimmt die Bundesregierung zu, dass der gesetzliche Standard in der Ferkelzucht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 TierSchNutzV) eine Säugephase von 28 Tagen vorsieht, sodass die erste Stufe des Tierwohlkennzeichens mit einer Säugephase von 25 Tagen unterhalb des gesetzlichen Standards liegt, wodurch nach meiner Auffassung lediglich der Verzicht auf Ausnahmegenehmigungen zur Zertifizierung ausreichen würde, und stimmt die Bundesregierung zu, dass das Kupieren von Ferkelschwänzen verboten ist, sodass die erste Stufe des Tierwohlkennzeichens unterhalb des gesetzlichen Standards liegt, wodurch nach meiner Auffassung lediglich der Verzicht auf Ausnahmegenehmigungen zur Zertifizierung ausreichen würde?

52. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welchen Maßnahmen befördert die Bundesregierung gezielt die Entwicklung und den Einsatz von Ersatzmethoden zu Tierversuchen in der Forschung, und wie bewertet sie die Entwicklung des sog. Tierverbrauchs für wissenschaftliche Versuche seit 2009?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

53. Abgeordnete
**Maria
Klein-Schmeink**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, wenn, wie mir bekannt wurde, Krankenkassen sich weigern, tarifliche Vergütungen für die häusliche Krankenpflege zu refinanzieren, obwohl im Pflegepersonalstärkungsgesetz geregelt wurde, dass tarifliche Bezahlung in der häuslichen Krankenpflege nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden darf, und wie beabsichtigt die Bundesregierung hier für eine zügige Lösung zu sorgen, damit die Versorgung insbesondere in der ambulanten Intensivpflege lückenlos sichergestellt ist?

54. Abgeordnete
**Kordula
Schulz-Asche**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Situation, dass nach meiner Kenntnis Pflegedienste in der häuslichen Krankenpflege keine tarifliche Bezahlung anbieten können, weil Krankenkassen die Refinanzierung oft verweigern und sich das für solche Fälle vorgesehene Schiedspersonenverfahren als intransparent und ineffizient erweist, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen Missstand zu beheben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

55. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung inhaltlich das Ergebnis der Umfrage der Zeitung „DER TAGES-SPIEGEL“ gemeinsam mit dem Meinungsforschungsinstitut Civey, welches besagt, dass 77,4 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung finden, die Bundesregierung tue zu wenig für Nahverkehr, Fahrradpendler und andere Alternativen zum Auto (www.tagesspiegel.de/politik/verkehrswende-deutsche-wollen-fuer-die-umwelt-nicht-aufs-auto-verzichten/23943826.html), und plant die Bundesregierung, im Zuge der angekündigten Reform der Straßenverkehrs-Ordnung oder zugehöriger Verordnungen und Regelwerke auch eine stärkere Bevorrechtigung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Straßenverkehr umzusetzen?

56. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Studien, die Aufschluss darüber geben, welche Investitionen in den kommenden Jahren zur Verfügung gestellt werden müssten, um die Fahrgastzahlen im ÖPNV in den kommenden Jahrzehnten zu vervielfachen, liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Studien und deren geschätzten Investitionen aufschlüsseln), und welche weiteren Einnahmequellen bzw. Finanzierungsmodelle aus dem Bereich der Nutzer- und Umlagefinanzierung hält die Bundesregierung für sinnvoll, um ÖPNV zu finanzieren?

57. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Welcher Anteil der Züge ICE 1, ICE 2, ICE 3 sowie ICE 4 der Deutschen Bahn AG war nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen sechs Monaten durchschnittlich verfügbar, und wie erklärt sich die Bundesregierung etwaige Unterschiede in der durchschnittlichen Verfügbarkeit der einzelnen ICE-Klassen?
58. Abgeordnete
Marja-Liisa Völlers
(SPD)
- Was bedeutet die Aussage des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur im Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Enak Ferlemann vom 15. Januar 2019 (Aktenzeichen: E 13/5185.12/4-2) an die Bundestagsabgeordneten Ralph Brinkhaus, Maik Beermann, Achim Post, Stefan Schwartze und mich „unter eine Stunde“ in exakter Minutenangabe, welche für die Reisezeit der Strecke Hamm–Hannover seitens des Bundesverkehrsministeriums und der Deutschen Bahn AG vorgesehen ist?
59. Abgeordnete
Marja-Liisa Völlers
(SPD)
- Wäre ein Ausbau der Bahntrasse Hannover–Bielefeld am Bestand ausgeschlossen, wenn, wie aus dem genannten Schreiben vom 15. Januar 2019 (Aktenzeichen: E 13/5185.12/4-2) hervorgeht, die seitens des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur gewünschte Erhöhung der Geschwindigkeit auf der Strecke zwischen Hannover und Dortmund auf 300 km/h realisiert werden würde?
60. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Langsamfahrstellen waren im vergangenen Jahr 2018 im Netz der Deutschen Bahn AG je Bundesland ausgewiesen (bitte nach Ländern getrennt ausweisen), und wie lange hat eine Langsamfahrstelle im Durchschnitt bestanden?
61. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird aus heutiger Sicht die geplante Verordnung für Elektrokleinstfahrzeuge mit Lenk- und Haltestange in Kraft treten, und wann wird die angekündigte Verordnung für solche Fahrzeuge ohne Lenk- und Haltestange in Kraft treten (siehe den am 19. Dezember 2018 um 23.15 Uhr vom BMVI abgesetzten Tweet „Ein #Hoverboard mit Fernbedienung wünscht sich die kleine Feli. Das ist längst keine Zukunftsmusik mehr und in Kürze auch auf unseren Straßen zu sehen“), und

wenn die Bundesregierung keinen Zeitraum hierfür benennen kann, bitte den Zeitpunkt benennen, an dem innerhalb der Bundesregierung abgestimmte Verordnungsentwürfe vorliegen?

62. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Für wie viele Ladepunkte wurden im Rahmen der Förderrichtlinie Ladeinfrastruktur bislang Zuwendungen bewilligt, und wie viele dieser Ladepunkte wurden bereits in Betrieb genommen (bitte nach Bundesländern der Standorte aufschlüsseln)?

63. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung anlässlich der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 18. Dezember 2018 (Az. 1 BvR 2795/09, -3187/10, -142/15, veröffentlicht am 5. Februar 2019), die Erfassung von Kfz-Kennzeichen durch drei Länderpolizeien verletze die Privatheit verfassungswidrig, die entsprechende Befugnis der Bundespolizei gemäß § 27b BPolG, gegen die bereits zwei Verfassungsbeschwerden beim BVerfG anhängig sind (Az. 1 BvR 1046/18, -1074/18), ab sofort nicht mehr praktizieren lassen, und wird die Bundesregierung aus gleichem Anlass ihre noch weitergehenden Pläne zu flächendeckender Aufstellung und Nutzung von Kfz-Kennzeichenlesegeräten, Fotografien der Fahrerinnen und Fahrer sowie zum Abgleich der Halter- und Kfz-Daten (im Entwurf eines 9. Gesetzes zur Änderung des StVG vom 15. November 2018), welchen der Bundesrat am 14. Dezember 2018 wegen „erheblicher datenschutzrechtlicher Bedenken“ explizit insgesamt „ablehnte“ (Bundsratsdrucksache 574/18 (Beschluss)), nun zurückziehen, da sonst das Bundesverfassungsgericht dieses Vorhaben nach meiner Auffassung möglicherweise als verfassungswidrig beanstanden würde?

64. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Februar 2018, nach dem Kontrollen zur Gefahrenabwehr mittels Kennzeichenabgleichs zu beliebiger Zeit und an beliebigem Ort ins Blaue hinein in den Ländern Bayern, Baden-

Württemberg und Hessen teilweise verfassungswidrig sind, im Hinblick auf den vorliegenden Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

65. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der vom Landesumweltminister Olaf Lies in Niedersachsen neu eingeführten Modellrechnung zur Ermittlung der Schadstoffbelastung, nach der nun für Oldenburg keine NO₂-Belastung mehr oberhalb von 40 µg pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel vorliegt (www.umwelt.niedersachsen.de/luftreinhaltung/debatte-um-luftreinhaltung-in-niedersachsen-pruefung-von-messcontainer-standorten-145082.html?fbclid=IwAR3k_ciD1qjJP133KSgXXtWN1Ym3lqjczUERFShud2Dq5YShb9VRjKpPU4)?
66. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wird die Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Anschaffung von Elektrobussen im ÖPNV finanziell so aufgestockt, dass sie der derzeit erheblichen Überzeichnung der Förderrichtlinie im Sinne von Anträgen auf Zuwendungen in Höhe von 400 Mio. Euro im Vergleich zu verfügbaren Fördermitteln von 92 Mio. Euro (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/4194) Rechnung trägt, und wie viele Elektrobusse, für deren Beschaffung bereits Zuwendungen bewilligt wurden, wurden seither tatsächlich beschafft (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
67. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es bereits einen Zeitplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) für eine gesetzliche Neuregelung, damit im Bereich Atomkraft sowie nukleare Ver-/Entsorgung geheimhaltungsbedürftige Unterlagen unter Wahrung des Geheimschutzes zukünftig angemessen in verwaltungsgerichtliche Verfahren eingebracht werden können (ggf. bitte

konkret angeben; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 22, Plenarprotokoll 19/35), und falls nein, wie rechtfertigt die Bundesregierung die Verzögerung für diese erstmals vor vier Jahren und wiederholt angekündigte gesetzliche Neuregelung (vgl. BMU-Pressemitteilung vom 16. Januar 2015, o. g. Antwort der Bundesregierung sowie Abschnitt „Atompolitik“ im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD)?

68. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche EU-Mitgliedstaaten sehen sich nach Kenntnis der Bundesregierung auch heute noch nicht in der Lage, das Protokoll vom 12. Februar 2004 zur Änderung des Pariser Atomhaftungsübereinkommens zu ratifizieren (bitte möglichst mit jeweiliger Erläuterung; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 51 auf Bundestagsdrucksache 18/12021), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

69. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Bis wann wird nach Kenntnis der Bundesregierung das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) über den – laut Sachstandsbericht des Wirtschaftsministers des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Andreas Pinkwart vom 27. Juni 2018 – von der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen GmbH (JEN) gestellten Antrag auf Export der verbrauchten AVR-Brennelemente in die USA entscheiden (www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV17-931.pdf), und welche Anhaltspunkte sind nach jetziger Kenntnis vorhanden, die zu einer Ablehnung einer solchen Exportgenehmigung führen können?

